

„Subventionen für die Staatskasse Putins“

Die Strom- und Gaspreise gehen durch die Decke. Lion Hirth, Geschäftsführer von Neon Neue Energieökonomik und Professor der Hertie School, warnt vor staatlich subventionierten Energiepreisen oder Preiseingriffen auf dem Großhandelsmarkt. Damit werde das Problem der Knappheit bei einem Gaslieferausfall Russlands nicht gelöst und gewaltige neue Probleme geschaffen.

Herr Hirth, die europäischen Gaspreise haben gestern am Spotmarkt ein Rekordhoch geknackt. Was ist da los?

Die Preise heute ergeben sich derzeit sozusagen als eine Mischkalkulation hinsichtlich der Zukunftserwartungen: Liefert Russland Gas weiter wie bisher, ist die Situation eng, aber beherrschbar, auch preislich. Kommt es zum Lieferstopp, würden wir einen dramatischen Preisanstieg sehen. Die Händler und die Käufer von Gas bilden sich eine Meinung, wie hoch die Wahrscheinlichkeit der beiden Szenarien ist und gewichten das – offenbar wird nun dem Totalausfall eine signifikante Wahrscheinlichkeit beigemessen. Das Wetter spielt ebenfalls eine Rolle, aber nur für kurzfristige Kontrakte. Die Preisentwicklung bei längerfristigen Gaskontrakten lässt sich als Thermometer für die Wahrscheinlichkeit eines eskalierenden Krieges interpretieren.

In vielen europäischen Ländern greift der Staat angesichts von Energiepreiskrise und Krieg in die Energiemärkte ein. In Spanien wird der Stromverkaufspreis für Gaskraftwerke gedeckelt und gegebenenfalls werden die Anlagen subventioniert, gleichzeitig sollen an anderer Stelle Erlöse abgeschöpft werden. Ist ein derartiger Markteingriff auch in Deutschland denkbar?

In der Energiebranche, in der Politik und vor allem in der Industrie wird derzeit vor und hinter den Kulissen darüber diskutiert. Angesichts der dramatischen Preise und des immensen Drucks auf die energieintensive Industrie halte ich es durchaus für denkbar, dass die Politik derart massiv in die Preisbildung am Großhandelsmarkt eingreift. Auch hierzulande wird ja beispielsweise diskutiert, ob der Strompreis nicht bei den durchschnittlichen Erzeugungskosten gedeckelt werden sollte. Und die am Montag extrem gestiegenen Preise werden die Debatte weiter befeuern.

Aus den Ministerien ist davon aber nicht zu hören.

Es gibt keinen offiziellen politischen Vorschlag, aber allorten wird zumindest darüber gesprochen. Mir bereitet diese Debatte gewaltige Bauchschmerzen. In Spanien geht es nicht nur um den Strommarkt, sondern auch um einen Eingriff in die Gasnachfrage – in diesem Fall von Kraftwerken. Denn deren Gasverbrauch wird mit der Subventionierung im Strommarkt letztlich erhöht. Spanien hat allerdings genug LNG-Terminals, um sich selbst sehr gut zu versorgen. In Deutschland stehen wir vor einer ganz anderen, viel schwierigeren Herausforderung: Stoppen die Gaslieferungen, fehlt physisch Gas, um die Nachfrage zu decken, spätestens im kommenden Winter. Um diesen Ausfall zu verkraften, müssten wir den Gasverbrauch sehr deutlich senken. Das ist in Spanien anders.

Was ist das Problem dabei, die privaten und industriellen Verbraucher preislich beim Gaskauf zu unterstützen, um die Krise abzufedern?

Das Problem ist, dass wir vor einer Situation stehen, in der sich die Nachfrage einem bestimmten knappen Angebot anpassen muss. In einer Marktwirtschaft geht dies über den Preis. Nehmen wir als Gedankenexperiment an, bei einem Großhandelspreis von 200 Euro pro Megawattstunde entschließt sich die Bundesregierung, 100 Euro hinzuzuschießen, damit Verbraucher nur 100 bezahlen müssten. Nehmen wir außerdem an, das Angebot ist völlig ausgereizt, das heißt, es kommen keine zusätzlichen Gaslieferungen an. Dann würde der Großhandelspreis als Reaktion auf die Subvention einfach auf genau 300 Euro steigen – denn erst dann würden sich physikalisches Angebot und Nachfrage wieder ausgleichen.

Subvention sind in einer solchen Situation nichts anderes als eine Überweisung an die Produzenten, sie ändern nichts daran, dass der Preismechanismus Angebot und Nachfrage in Einklang bringen muss. Die Subvention würde also nicht bei Gasverbrauchern, sondern in den Staatskassen von Putin landen, solange Russland noch Gas liefert. Werden statt einem Zuschuss beim Einkauf sogar der Großhandelspreis für Gas und Strom durch den Staat festgelegt oder gedeckelt, wäre die Lage sogar noch problematischer.

Warum?

Dann würden die künstlich niedrigen Preise zu einer Nachfrage führen, die physisch gar nicht mehr bedient werden kann. In so einer Situation braucht es einen Schiedsrichter, der entscheidet, wer das Erdgas bekommt. Der Medizinproduktehersteller, der Chemieproduzent, die Glasfabrik? Es bräuhete eine staatliche Behörde, die im Detail regelt, für welche Sektoren, für welche Firmen und zur Herstellung welcher Güter, zu welchem Preis, zu welcher Uhrzeit wie viel Gas oder Strom geliefert wird. Und man müsste überwachen, dass diese Unternehmen die Energie dann nicht unter der Hand weiterverkaufen oder anderweitig verwenden. Wer soll diese Entscheidungen treffen? Wer soll diese Überwachung leisten? Wenn wir den marktlichen Koordinierungsmechanismus ausschalten, dann müssten wir diesen durch eine staatlich Planung ersetzen. Letztlich bedeutet eine breite Deckelung der Großhandelspreise für Energie den Einstieg in die Kriegswirtschaft – und zwar nicht nur für die Energiewirtschaft, sondern im Prinzip für die ganze Industrie.

Immerhin ist schon heute geregelt, dass kleine Abnehmer wie zum Beispiel Haushalte bei physischer Knappheit zuerst bedient werden, ebenso wie kritische Infrastruktur, zum Beispiel Krankenhäuser. Auch Gaskraftwerke genießen einen gewissen Vorrang. Die Industrie ist nicht explizit geschützt.

Diese Reihenfolgen ist richtig und wichtig. Aber sie nützen uns in kurzfristigen Krisensituationen, nicht in einer langanhaltenden, fundamentalen Gasknappheit. Klar ist: Die Industrienachfrage kann nicht voll bedient werden, wenn kein Gas mehr aus Russland kommt. Und auch innerhalb der Industrie geht es ja um komplexe Priorisierungsentscheidungen, die Lieferketten, Weltmarktpreise, Substitutionsmöglichkeiten und integrierte Fertigungsprozesse berücksichtigen müssen. Und aus meiner Sicht kann das nur sinnvoll über Preise abgewogen werden. Damit möchte ich nicht sagen, dass im Falle eines kurzfristigen Lieferstopps auf eine staatliche Notfallplanung und -zuteilung verzichtet werden kann, wie sie ja auch gesetzlich angelegt ist.

Ist die deutsche Wirtschaft auf die drohende Gasknappheit vorbereitet?

Mein Eindruck ist: Nein. Die Politik sollte dringend Tacheles reden mit Industrie und Gesellschaft. Auch viele Entscheidungsträger haben keine ausreichende Vorstellung davon, was da auf uns zukommen kann. Die meisten Haushalte werden das sonst erst verstehen, wenn die nächste Tarifierhöhung ansteht. Klartext würde auch helfen, schon jetzt alle Sinne dafür zu schärfen, Gas einzusparen. Weil Gas speicherbar ist, hilft jede Kilowattstunde auch jetzt schon für den kommenden Winter. Damit wir ein größeres Gaspolster haben und nicht unvorbereitet in einen Lieferstopp laufen, sollte er denn kommen. Es geht nicht nur darum, Notfallpläne für den kommenden Winter zu entwickeln, sondern jetzt und heute den Gasverbrauch zu reduzieren.

Und mit den hohen Preisen lassen wir Industrie und Verbraucher dann ganz allein?

Nein, natürlich nicht. Niemand, weder Haushalte noch Unternehmen, sollten dafür bestraft werden, dass sie, oft zufällig und kaum beeinflussbar, am Energieträger Gas hängen. Ich kenne niemanden, der diesen Krieg und diese Energiekrise in dieser Form kommen sah. Die Folgen kann und muss man abfedern. Zum Beispiel mit Kurzarbeitergeld und Zuschüssen an die Industrie, die für eine Weile ihre Produktion stilllegen muss. Und natürlich mit sozialen Zuschüssen, die bei einer dramatischen

Gaspreiskrise wohl über Transferleistungsempfänger und Wohngeld hinausgehen müssen. Nur darf eine Abfederung eben nicht in erster Linie über künstlich gesenkte Energiepreise laufen. Wer Gas und Strom spart, sollte das finanziell sofort positiv zu spüren bekommen. Allerdings ist es schwierig, die am stärksten betroffenen Haushalte zu identifizieren und zielgerichtet zu unterstützen. Sollten die Energiepreise auf dem aktuellen Niveau bleiben oder gar weiter steigen, wäre eine Regulierung von Haushaltstarifen jedoch sicher zu diskutieren.

Wie könnte man die enormen Gewinne, die Russland gerade mit seinen Exporten erzielt reduzieren, ohne auf das Gas verzichten zu müssen?

Bei einem Gaspreis von 200 Euro pro Megawattstunde erzielt Gazprom aus EU-Exporten Erlöse von etwa eine Milliarde Euro – pro Tag. Es wäre wirklich sehr wünschenswert, eine gezielte Reduktion dieser Zahlungen erreichen könnte, ohne den europäischen Energiemarkt zu opfern. Man könnte zum Beispiel die Importe mit einer Abgabe oder Steuer belegen, die alle Gewinne, die über die üblichen Gaspreise der vergangenen Jahre hinausgehen, de facto konfisziert. Sozusagen ein „Embargo light“. Ob das rechtlich machbar ist, kann ich nicht beurteilen. Natürlich besteht die Gefahr, dass Russland dann die Lieferungen im Gegenzug einstellt. Aber das wäre vielleicht auch politisch eine bessere Variante, als einseitig von Deutschland oder der EU aus ein Energieembargo zu beschließen.

Haben Sie Angst davor, dass die Energiepreiskrise und der Krieg in der Ukraine den liberalisierten Energiemarkt so beschädigt, dass er danach kaum wieder auf die Beine kommt?

Ja. Es wäre vermutlich schwierig, sich von einer Preisregulierung wieder zu verabschieden. Aber im Augenblick ist meine Hauptsorge, wie wir dann kurzfristig mit der sich sofort einstellenden Gasknappheit umgehen, wie wir die Allokation der knappen Ressource Energie dann bewerkstelligen würden. Es wäre schlicht kontraproduktiv, die Preise nicht mehr die physische Wahrheit sprechen zu lassen. Wir können das fehlende Gas nicht herbeizaubern, sondern nur möglichst klug mit der Knappheit umgehen.

Erschienen im [Tagesspiegel Background Energie & Klima](#) am 8. März 2022. Das Gespräch führte Jakob Schlandt.

Lion Hirth ist Geschäftsführer des Beratungsunternehmens [Neon Neue Energieökonomik](#) und Assistant Professor of Governance of Digitalisation and Energy Policy an der [Hertie School](#) in Berlin.